

Blick in den Spiegel

Das Gutachten zum Kindsmisbrauch im Erzbistum München hat auch Kardinal Reinhard Marx belastet. Nun zeigt er sich „bereit, Verantwortung zu übernehmen“ – und bittet um Entschuldigung

VON ANNETTE ZOCH

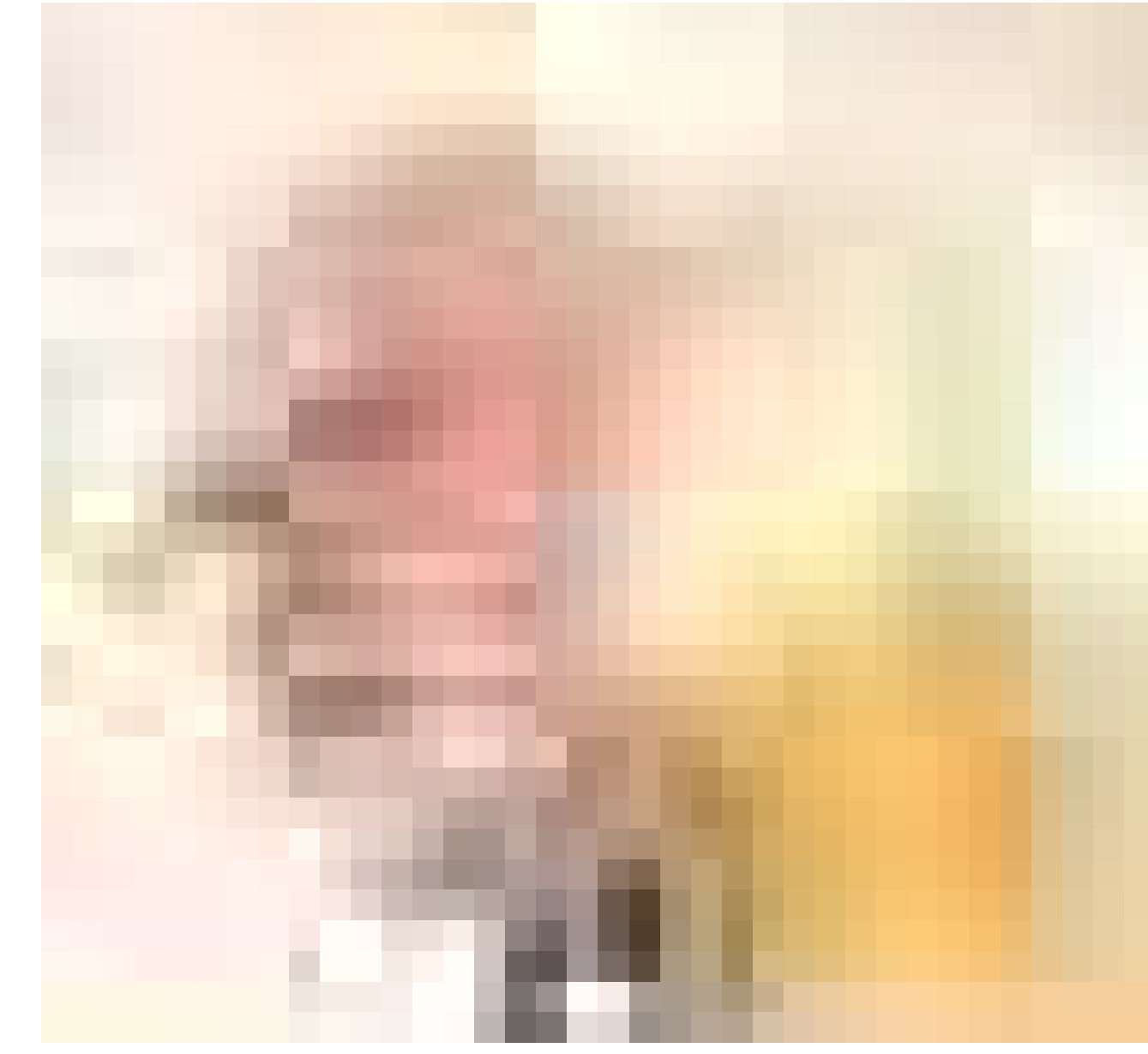
München – Sie hätten die Buchstaben einfach überpinseln können, hastig, bevor die Kamerateams, Reporter und Demonstranten anrücken. Doch die Verantwortlichen der Katholischen Akademie im Münchner Stadtteil Schwabing haben sich anders entschieden. Und so prangt an diesem Donnerstagvormittag unübersehbar in leuchtend roter Schrift das zwar unvollständige, aber kaum zu missverstehende Wort „Kinderfickerv“ an der Hauswand. Vielleicht wollte der Urheber noch „Verein“ anhängen, wurde dann aber überrascht. Die Buchstaben stehen außen an dem Haus, in dem Münchens Erzbischof Kardinal Reinhard Marx gleich Stellung nehmen will zu dem vor genau einer Woche vorgestellten Missbrauchsgutachten der Münchner Kanzlei Westpfahl Spilker Wastl. „Der Schandfleck des Missbrauchs hängt an der gesamten Institution Kirche“, schreibt die Katholische Akademie in einer Erklärung zu der Schmiererei. Dem müsse man sich stellen: Man werde „die Verantwortung für einen angemessenen Umgang mit dem Thema gemeinsam tragen müssen“.

Er habe „keinerlei Veranlassung, an der Seriosität und Sorgfalt der Kanzlei zu zweifeln“

Die Botschaft von Erzbischof Marx klingt ganz ähnlich: „Missbrauch und Gewalt in all ihren Aspekten sind eine dunkle Seite und werden fortan auch als Teil der Geschichte unseres Erzbistums sichtbar sein“, sagt er. Er hat drinnen im Vortragsaal auf dem Podium Platz genommen, schräg unter dem großen Kreuzifix an der Wand und neben seinem Generalvikar Christoph Klingan und seiner Amtschefin Stephanie Herrmann. Vor einer Woche hatte er es noch ihnen alleine überlassen, das vierbändige Gutachten entgegen zu nehmen. „Auch diese dunkle Seite gehört mit zu einem ehrlichen realistischen Blick auf die Kirche von heute und auf das, was in der Vergangenheit geschehen ist“, sagt Marx weiter. „Mit dem Gutachten der Kanzlei WSW lassen wir uns als Verantwortliche im Erzbistum einen Spiegel vorhalten.“

Und was sieht Marx im Spiegel? „Mir wird in diesem Gutachten Verantwortung zugeschrieben und ich bin bereit, Verantwortung zu übernehmen“, sagt er. Die Gutachter hatten Marx unter anderem vorgeworfen, sich zu wenig persönlich um Missbrauchsfälle gekümmert und diese vor allem seiner Verwaltung überlassen zu haben. Die größte Schuld sehe er bei sich darin, die Betroffenen übersehen zu haben, sagt Marx heute. Dies habe auch systemische Gründe, dafür trage er als Erzbischof die moralische Verantwortung. Und dann wendet sich Marx persönlich an Anwesende im Raum, Richard Kick vom Münchner Betroffenenbeirat sitzt ihm direkt gegenüber in der ersten Reihe. Marx sieht ihn an: „Deshalb bitte ich als Erstes noch einmal persönlich und auch im Namen des Erzbistums bei Ihnen als Betroffene um Entschuldigung für das, was Sie erlitten haben im Raum der Kirche.“ Marx entschuldigt sich auch bei den Pfarrgemeinden, in denen Täter eingesetzt wurden – er blickt zu Rosi Mittermeier von der Initiative Sauerteig in Garching an der Alz, wo der päpophile Priester Peter H. eingesetzt wurde. Mittermeier nickt kaum merklich.

Auch wenn Marx immer wieder Blick-



„Ich habe doch nicht auf dem Mond gewohnt“. Kardinal Reinhard Marx, Erzbischof von München und Freising, bei der Pressekonferenz zum Missbrauchsgutachten am Donnerstag in München. FOTO: SVEN HOPPE/DPA

kontakt sucht, wirkt er seltsam starr, während er seine vierseitige Stellungnahme verliest. Erst als die Fragerunde eröffnet, scheint der polternde Westfale wieder durch. Angesprochen darauf, dass er ja nun schon öfter Erschütterung geäußert habe, reagiert Marx scharf: „Wenn man ein Gutachten wie dieses liest, dann darf man auch noch einmal erschüttert sein. Ich weiß nicht, ob sie nicht gelegentlich öfter erschüttert sind. Das können sie mir jetzt glauben oder nicht.“ Er wiederholt diese Formulierung später wieder, trotz fast – doch, es habe nach 2010 und 2018, nach der Präsentation der MHG-Studie, in ihm gearbeitet. Damals, 2018, hätten die Bischöfe noch nicht ihre persönliche Situation gesehen, doch bei ihm habe sich das seitdem geändert – „das können sie mir jetzt glauben oder nicht. Ich bin 25 Jahre Bischof, ich bin doch Teil des Systems, ich habe doch nicht auf dem Mond gewohnt“.

Diese seine persönliche Verantwortung als Teil des Systems sei es gewesen, die ihn im Mai 2021 auch dazu gebracht habe, Papst Franziskus seinen Rücktritt anzubieten. Ob er nun erneut mit dem Pontifex über einen Amtsverzicht gesprochen habe? Nein, sagt Marx – jetzt sei eine andere Situation. Franziskus habe ihn gebeten, weiterzumachen. Würde er jetzt gehen, fühle sich das für ihn an wie ein Davonmachen. Doch, macht Marx klar, das allerletzte Wort sei auch da noch nicht gesprochen:

„Die innere Bereitschaft, die innere Freiheit das Amt zu geben, die habe ich. Ich klebe nicht an meinem Amt.“ Sollte er das Gefühl haben, ein Hindernis zu sein für die Aufarbeitung, sollten ihm vor allem auch Mitarbeiter und Betroffene dieses Gefühl geben – dann kann er sich vorstellen, diesen Schritt zu gehen – „aber in einer synodalen Kirche werde ich diesen Schritt nicht mehr mit mir alleine ausmachen.“

„Stellen sie sich mal Bayern vor ohne das Christentum“, ruft Marx

Schließlich angesprochen auf den „Elefant im Raum“, nämlich die Frage: „Hat der emeritierte Papst Benedikt XVI. gelogen, in seinen Antworten an die Gutachter zu seinem Wissen über den päpophilen Priester H.“ weicht Marx aus: Er habe dazu „keine Fachexpertise, die das genauer anschaut“, sagt der Erzbischof. Und: „Ich akzeptiere, dass er hier die Fakten anders interpretiert, dass er bedauert, und ich denke, er wird sich dazu dann im Ganzen noch einmal äußern.“ Er habe aber zugleich auch „keinerlei Veranlassung, an der Seriosität und Sorgfalt der Kanzlei zu zweifeln“. Persönliche Konsequenzen gibt es aus dem Münchner Gutachten – anders als zum Beispiel in Köln – zunächst einmal keine. An Prälat Lorenz Wolf, Offizial des

Münchner Kirchengerichts, habe er geschrieben, berichtet Marx. Dieser habe ihm angeboten, seine Ämter vorerst ruhen zu lassen, bis er sich persönlich zu den Vorwürfen im Gutachten geäußert habe. Und Ämter hat Wolf nicht wenige, er ist unter anderem Leiter des katholischen Büros in Bayern und Vorsitzender des Rundfunkrats des Bayerischen Rundfunks. Wolf hatte auf die Fragen der Gutachter nicht geantwortet und stattdessen über seine Anwälte die Rechtmäßigkeit der Befragung anzweifeln lassen. Mit Wolfs Angebot sei er einverstanden, sagte Marx.

Zuletzt erzählt Marx noch, er wolle in den nächsten Tagen durch jede Abteilung des Ordinariats gehen, mit allen Mitarbeitern sprechen, wie es weitergehen könne. In nicht mal einer Woche wird Marx dann zur dritten Synodalversammlung des Synodalen Wegs nach Frankfurt reisen. Er gilt als entschiedener Unterstützer von Reformen, außerdem ist er ein einflussreicher und enger Berater von Papst Franziskus. Auch seine Kritiker dürften deshalb froh sein, dass er nicht zum zweiten Mal seinen Rücktritt angeboten hat. Fast schon hilflos wirkt aber am Ende seine Antwort auf die Frage, ob die Zeit nicht längst gegen ihn arbeite, angesichts der vielen Kirchengaustreiter: „Stellen sie sich mal Bayern vor ohne das Christentum“, ruft Marx. „Wir können den Platz nicht räumen, wir müssen uns erneuern.“

› Seite 4, München

Die CDU debattiert über ihr C

Ist das „christlich“ im Parteinamen noch zeitgemäß?

Berlin – Mit dem C in CDU ist es ja so eine Sache. Alle wissen, dass es für „christlich“ steht, aber jeder interpretiert es anders. „Wenn man in der säkularen Politik unterwegs ist, dann ist das C der Zwang zur Demut, wissend, dass wir als Menschen immer nur die vorletzten Antworten geben“, sagt Parteichef Friedrich Merz – der für manches bekannt ist, aber sicher nicht für Demut. Norbert Röttgen sieht im C dagegen ein „absolutes Alleinstellungsmerkmal“ der Union. Es gebe zwar auch in anderen Parteien Christen, aber nur die Union leite aus dem christlichen Bild des Menschen ihre Politik ab, findet Röttgen.

Doch auch das sehen nicht alle so. Aktivisten von Greenpeace haben der CDU schon einmal das C aus dem Logo an der Berliner Parteizentrale geklaut. Begründung: Christen müssten die Schöpfung schützen, die CDU bleibe die dazu nötigen Maßnahmen aber schuldig – die Partei trage das C deshalb zu Unrecht im Namen. Die CDU sah das damals naturgemäß anders. Umso erstaunlicher ist, was man jetzt in der Wahlanalyse lesen kann, die die Partei vorgelegt hat. Denn darin wird angeregt, dass die CDU sich das C selbst klauen soll. Nach der schweren Niederlage im vergangenen September hat die Partei auch interne und externe Experten um Rat gefragt. Generalsekretär Paul Ziemniak wollte, dass das Ergebnis der Bundestagswahl schonungslos aufgearbeitet wird. Zu den Experten gehört der Mainzer Geschichtswissenschaftler Professor Andreas Rödger. Der Mann ist Mitglied der CDU, in zwei rheinland-pfälzischen Landtagswahlkämpfen saß er im Schattenkabinett der damaligen Spitzenkandidatin Julia Klöckner. Er gilt in der Partei als Konservativer. Und ausgerechnet dieser Rödger empfiehlt seiner Partei in der Wahlanalyse jetzt, über die Streichung des C im Namen nachzudenken.

Das C sei zwar ein „eingeführter Markenname“, der für viele Parteimitglieder nach wie vor „ein festes Identitätsmerkmal“ darstelle, schreibt Rödger. In einer zunehmend entchristlichten Gesellschaft könne das C aber eine Barriere für Nichtchristen sein und „Exklusivität signalisieren, wo die Union eigentlich auf Integration“ ziele. Es gebe deshalb „gute Gründe für eine Flurbereinigung in der Namensfrage“, mit der sich „die CDU sichtbar und im Einklang mit Center-right-Parteien in Europa in der Tradition der westlichen Werte und der Aufklärung verorten könnte“.

In der Schweiz haben sich die Mitglieder der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) im Oktober 2020 in einer Urabstimmung für den Abschied vom C entschieden – auch um die Fusion mit einer anderen Partei zu ermöglichen. Die CVP heißt jetzt „Die Mitte“. Die Entscheidung der CVP sei „historisch“, heißt es in einem Länderbericht der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung. Er sei „der bisher wohl am weitesten reichende Versuch der Partei zur Erschließung neuer Wählerkreise“. Ob das Kalkül aufgehen werde, würden aber erst die kommenden Jahre zeigen.

Rödger verweist in seiner Wahlanalyse darauf, dass der Name in der CDU „schon immer“ keine Selbstverständlichkeit gewesen sei. Er erinnert in diesem Zusammenhang an Eugen Gerstenmaier. Der langjährige Bundestagspräsident hatte – obwohl gläubiger Christ – bereits in der Gründungsphase der Bundesrepublik Vorbehalte gegen das C im Namen. Im Jahr 2022 lasse „sich zudem argumentieren, dass die Zeit der klassischen Christdemokratie in Europa vorüber ist“, schreibt Rödger. Der

Professor empfiehlt seiner Partei deshalb, die Debatte über das C oder „über einen Namenszusatz“ nicht zu scheuen.

Die Parteispitze hat sich zu dem Vorstoß noch nicht geäußert. Aber in der CDU ist eine muntere Debatte entstanden – in der Rödger bisher allerdings alleine bleibt. „Wer das C streichen will, nimmt dem Konservativen das Wertefundament, den Maßstab und die Orientierung“, findet der ehemalige Generalsekretär Ruprecht Polenz. Auch der stellvertretende Chef des Arbeitnehmerflügels, Dennis Radtke, hält nichts von der Analyse des Professors: „Warum sollte sich die CDU von ihrem Tafelsilber verabschieden wollen?“, fragt Radtke. Das C sei schließlich „kein Marketing-Gag, der bei säkularer Zeitgeist hinderlich geworden ist“.

Den Buchstaben zu tilgen, würde „den Identitätskern der Union zerstören“, sagt ein C-Verteidiger

Der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der Unionsparteien, der langjährige Staatssekretär und Bundestagsabgeordnete Thomas Rachel, wird noch deutlicher. Die von „Rödger beabsichtigte Streichung des C aus dem Parteinamen würde den Identitätskern der Union zerstören“, sagt er. Denn Rödger unterliege „einem grundlegenden Missverständnis“: Das C sei „aufgrund seiner universalen Botschaft weltanschaulich gerade nicht exklusiv, sondern plural anschlussfähig, inklusiv und integrativ“. Es sei „in Zeiten von Werteverfall und gesellschaftlicher Orientierungsnot so attraktiv wie nie zuvor, nicht zuletzt auch für Konfessionslose und Andersgläubige“. Um bei Wahlen erfolgreicher zu werden, müsse die Partei das C nicht abschaffen, sondern es „durch glaubwürdige Haltung und Politik wieder mehr zum Leuchten bringen“, findet Rachel. Das christliche Menschenbild müsse für die Union „Kompass“ bleiben.

Im Wahlkampf hat Angela Merkel übrigens mit dem Hinweis für Armin Laschet geworben, dass sie ihn immer als einen Menschen und Politiker erlebt habe, „für den das C im Namen unserer Partei nicht irgendein Buchstabe ist, sondern in allem, was er getan hat, Kompass“.

Nach dem Wahlkampf ist dieser Satz eher ein Argument gegen das C im Namen. Denn einen Kompass haben Laschet und seine CDU im vergangenen Jahr nicht erkennen lassen. Im Wahlkampf stand das C eher für Chaos. ROBERT ROSSMANN



C-Klau: Ein Greenpeace-Aktivist trägt den Buchstaben aus dem Logo in der Berliner Parteizentrale davon. FOTO: DPA

Umstrittene 60 Milliarden

Der Bundestag entscheidet über den Nachtragshaushalt

Berlin – Der Bundestag hat am Donnerstag den Nachtragshaushalt von Finanzminister Christian Lindner (FDP) für das Jahr 2021 abschließend beraten. Im Kern geht es darum, dass die Regierung sich nicht genutzte Kreditverpflichtungen aus dem vergangenen Haushaltsjahr sichert: 60 Milliarden Euro werden in den Energie- und Klimafonds verschoben, anstatt sie verfallen zu lassen und die Nettoneuverschuldung entsprechend zu senken. Mit den Krediten sollen kurz- und mittelfristig Investitionen in den Klimaschutz und die Transformation finanziert werden – zur Überwindung von Pandemiefolgen, wie die Ampel beteuert. Der Nebeneffekt: Die 60 Milliarden zählen für die Schuldenbremse, die von 2023 an wieder eingehalten werden soll, nicht mehr mit.

Die Unionsfraktion hält den Kniff der Regierung für verfassungswidrig und hat eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht angedeutet. Fraktionsvize Mathias Middelberg (CDU) warf der Ampel im Bundestag vor: „Sie wollen die Schuldenbremse umgehen.“ Die Regierung wolle sich „die Taschen voller Geld laden“, aber nicht, um damit die Pandemie zu bekämpfen, sondern um „Klimawendepolitik“ zu betreiben. FDP-Fraktionsvize Christoph Meyer verteidigte das Vorgehen: „Über die Förderung privatwirtschaftlicher Zukunftsinvestitionen stärken wir Wachstum und unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit.“ Die finale Abstimmung war für den frühen Abend geplant.

Insgesamt beträgt die Nettokreditaufnahme samt der strittigen 60 Milliarden 215,4 Milliarden Euro, 24,8 weniger als vorgesehen. Der Grund sind höhere Steuereinnahmen und geringere Ausgaben.

HENRIKE ROSSBACH › Seite 4
Dizdigital: Alle Rechte vorbehalten. Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

„Wir waren 15 000 Kinder in Theresienstadt“

Die Holocaust-Überlebende Inge Auerbacher ruft am Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus dazu auf, den alltäglichen Judenhass zu beenden

Berlin – „Wer bin ich? Ich bin ein jüdisches Mädel aus dem badischen Dorf Kippenheim“, beginnt Inge Auerbacher ihre Rede im Bundestag. Ihr Vater, ein Textilhändler, hatte im Ersten Weltkrieg gekämpft und dafür das Eiserne Kreuz erhalten. „Wir waren eine glückliche Gemeinde in Kippenheim, bis der Friede unseres Dorfes gestört wurde.“ So erinnert sich die 87-Jährige an die Reichspogromnacht 1938.

In dieser Nacht schmissen Nationalsozialisten Backsteine in die Fenster des Hauses von Auerbachers Familie; alle jüdischen männlichen Dorfbewohner über 16 Jahren wurden ins Konzentrationslager Dachau deportiert. Bald merkte Auerbacher, dass sich Juden nicht mehr frei bewegen durften. Mit sechs Jahren musste sie mit einem aufgenähten Judenstern jeden Tag alleine mit dem Zug nach Stuttgart zur Schule fahren. Als ihr Vater Wochen später wieder aus dem KZ zurückkehrte, war es für die Familie bereits zu spät, um aus Deutschland auszuwandern.

Hören Sie zu diesem Thema auch den Podcast.
› [sz.de/nachrichtenpodcast](https://www.sz.de/nachrichtenpodcast)

1942 musste sich Auerbachers Familie in Göppingen einfinden, ohne zu wissen, wohin man sie bringen würde. „Ein Aufseher riss mir meine Holzbrose ab und rief: Das brauchst du nicht mehr, wo du hingehst.“ Es dauerte zwei Tage, bis die Familie in einem überfüllten Zug die besetzte Tschechoslowakei erreichte. Eindrucksvoll berichtet die Rednerin von den Zuständen im Ghetto Theresienstadt: „Überall wimmelte es von Menschen. Theresienstadt bestand aus riesigen Backsteinkasernen. Das KZ war von der Außenwelt von hohen Mauern und Stacheldraht abgeschlossen.“

Theresienstadt diente als Durchgangsort für Juden, bevor sie nach Auschwitz deportiert wurden. So auch ein Mädchen, mit dem sich Auerbacher anfreundete. Die Freundinnen versprachen sich ein Wiedersehen, doch Ruth wurde keine zehn Jahre alt. „Ruth ich bin hier in Berlin, um dich zu besuchen“, ruft Auerbacher in die Höhe des Plenarsaals. „Wir waren 15 000 Kinder in Theresienstadt und nur wenige sind am Leben geblieben, darunter war wie durch ein Wunder auch ich“, sagt sie.

1945 wurde sie mit ihrer Familie aus Theresienstadt befreit, im Jahr darauf wanderten sie in die Vereinigten Staaten aus. „Amerika war für mich wie ein Zauberland“, erzählt sie, aber aus diesem Traum sei sie herausgerissen worden, als man bei ihr Tuberkulose diagnostizierte. „Ich konnte nicht glauben, dass ich schon wieder eingesperrt war“, sagte sie. Zwei Jahre lang musste sie im Krankenhaus die Erkrankung, mit der sie sich im KZ infiziert hatte, auskurieren. „Endlich, mit 15 Jahren ging ich in die Schule und absolvierte die Highschool in drei statt vier Jahren.“ Nach ihrem Abschluss studierte Auerbacher Biochemie und arbeitete 38 Jahre als Chemikerin in der medizinischen Forschung.

„Drei Jahre im KZ Theresienstadt, vier Jahre im Bett wegen der schweren gesundheitlichen Folgen, acht Jahre Schulverlust, vier Jahre Stigmatisierung durch das Tragen des Judensterns“, resümiert Auerbacher – und beklagt, dass Rassismus und Antisemitismus wiedererwacht seien. „Judenhass ist in vielen Ländern der Welt, auch in Deutschland, immer noch alltäglich. Diese Krankheit muss so schnell wie möglich geheilt werden!“, appelliert sie unter dem Beifall ihrer Zuhörer.

Am Ende ihrer Rede umarmt die alte Dame den Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, die Bundestagspräsidentin Bärbel Bas und den israelischen Parla-

mentspräsidenten Mickey Levy, der in Berlin zu Gast ist. Es sind keine flüchtigen, symbolischen Umarmungen, sondern innige, die einige Sekunden dauern und mit einem tiefen Blick in die Augen der Politiker enden.

Auch Mickey Levy hält eine emotionale Rede. Er erzählt, wie er tags zuvor mit gemischten Gefühlen vor der Villa am Wannensee stand, das Glitzern des Wassers im Kontrast zu den Gräueln, die die Nationalsozialisten vor 80 Jahren in der Villa planten. „80 Jahre und sieben Tage sind historisch ein Nichts und reichen nicht, um alle Wunden zu heilen“, sagt Levy. Deshalb sei die Erinnerungsarbeit, die Israel und Deutsch-

land verbinde, so unerlässlich. „Die ewig ernste Mahnung des Holocaust an den Juden Europas lautet: Nie wieder, nie wieder!“, ruft er in den Saal.

Levy bedankt sich bei Angela Merkel, sie habe sich unermüdet für die Beziehung der beiden Völker eingesetzt. Deutschland und Israel sei es in den vergangenen Jahrzehnten gelungen, etwas Neues zu schaffen, gemeinsam für Demokratie, Freiheit und Toleranz einzustehen. „Der Staat Israel verlässt sich auf Sie und dass Sie diese Beziehung fortsetzen werden“, sagt der Präsident der Knesset und liest zum Abschluss unter Tränen ein Gebet zum Gedenken an die getöteten Juden vor. Auch einige der



Inge Auerbacher, 87 Jahre alt, berichtet am Donnerstag im Bundestag von ihren Erlebnissen als kleines jüdisches Mädchen. FOTO: MICHELE TANTUSSI/REUTERS